

***DIE LINKE
LISTE
SOLIDARITÄT***

***Programm zur
Kommunalwahl 2011***

Inhalt

Vorbemerkung	3
Die Stadt als Basis eines sozialen Gemeinwesens	4
Finanzen	7
Kultur, Kunst und Bildung	9
Kinder und Jugend	13
Frauen	15
Ältere Menschen	16
Migrantinnen und Migranten	17
Ökologie	21
Soziale, ökologische und demokratische Stadt.....	25
Liste der Kandidatinnen und Kandidaten	27

Liebe Mitbürgerinnen, liebe Mitbürger

Die Walter-Köbel-Halle wird nicht abgerissen. Die Stadtverordnetenversammlung hat ihren Beschluss vom Februar 2010 korrigiert, die Halle wird saniert. Dies ist auch mit ein Erfolg von Die Linke/ Liste Solidarität. Wir haben von Anfang an für den Erhalt gekämpft – nicht nur in Parlament und Magistrat, sondern auch durch Aktionen, Pressearbeit und in den verschiedensten Verbänden, Gewerkschaften und Basisorganisationen, in denen die Mitglieder von Die Linke/Liste Solidarität aktiv sind.

Nicht nur in Rüsselsheim wehren sich immer mehr Menschen dagegen, dass politische Entscheidungen getroffen und durchgezogen werden, die die Bevölkerung ablehnt.

Formal korrekt und mit dem Hinweis auf angebliche höhere Notwendigkeit – sei es die Sicherung „des Standorts“, der unhinterfragte „Sparzwang“ oder der der Bevölkerung nicht näher bekannte, aber umso entscheidendere „Regierungspräsident“ – wird Akzeptanz verlangt und Widerstand als „Kommunikationsdefizit“ kleingeredet.

Dass dies in Rüsselsheim nicht immer von Erfolg gekrönt ist, dass wiederholt Beschlüsse der politischen Gremien korrigiert werden mussten, liegt auch daran, dass es bei uns eine aufmerksame und rege Zivilgesellschaft gibt, aus der heraus falsche oder fehlerhafte Entscheidungen kritisiert werden. Die Linke/Liste Solidarität versteht sich als Teil dieser Rüsselsheimer Zivilgesellschaft, unsere Vertreterinnen und Vertreter in den kommunalen Selbstverwaltungsorganen auch und in erster Linie als deren „parlamentarischer Arm“.

Die Liste Solidarität gibt es seit nunmehr 10 Jahren, Anlass genug auch einmal auf erfolgreiche Aktivitäten in den letzten Jahren zurückzublicken:

2001, als es richtig losging mit der Privatisierungsmanie, unterstützten wir den Kampf der Beschäftigten der Städtischen Betriebshöfe um Bestandsgarantie; 2001/2002 haben wir mit dafür gesorgt, dass keine 100.000 EUR für ein Schmuckbrückelchen über die Mainpforte ausgegeben wurde; im

selben Jahr konnte durch ein erfolgreiches Bürgerbegehren – bei dem wir uns stark engagierten – der Erhalt der Eichgrundschule erkämpft und die Reduzierung des Kita- und Hortpersonals verhindert werden. 2003, zu Beginn des Kriegs gegen den Irak, beantragten wir mit Erfolg die Erklärung Rüsselsheims zur „City for Peace“ und 2005 genügte schon die Androhung eines Bürgerbegehrens auf einer einzigen Bürgerversammlung zu der auch Die Linke/Liste Solidarität aufrief und zu der sich über 120 Rüsselsheimerinnen und Rüsselsheimer aus den unterschiedlichsten gesellschaftlichen Bereichen zusammenfanden, um die drohende Teilprivatisierung der Stadtwerke zu verhindern.

Seit der letzten Kommunalwahl seien als wesentliche Erfolge in Erinnerung gerufen:

Die Unterstützung der Aktivitäten zur Rekommunalisierung des Stromnetzes.

Die Verhinderung der Baumfällungen im Ostpark, der Platane in Königstädten und vor allem der Bäume am ev. Gemeindeplatz in der Innenstadt und die in diesem Zusammenhang geplante, sehr teure Neupflasterung der nördlichen Marktstraße. Dann die Umsetzung unserer jahrelangen Forderungen nach Ausweitung der Schulsozialarbeit an der Borngrabenschule und der Erhöhung des Gewerbesteuersatzes auf Nachbarortniveau.

Und nicht zuletzt die Erhöhung des Zuschusses für das Schulmittagessen der „Hartz 4“ Kinder und der Erhalt des Mietzuschusses für die „Rüsselsheimer Tafel“.

Vor allem aber: das ständige, parlamentarische und außerparlamentarische Eintreten für Transparenz und Öffentlichkeit, für demokratische Entscheidungen, die auch wirklich den Wünschen und Bedürfnissen der Bevölkerung entsprechen. Dies zu gewährleisten braucht es auch Stimmen im Parlament.

In diesem Sinne: wir freuen uns, wenn Sie uns Ihre Stimme geben!

Die Stadt als Basis eines sozialen Gemeinwesens

„Wir wollen leben, einzeln und frei wie ein Baum und brüderlich wie ein Wald.“

Mit diesen Worten drückt der türkische Schriftsteller Nazim Hikmet wohl die Sehnsucht aller Menschen aus, die nicht machtbesessen und egoistisch auf Kosten anderer leben wollen. Wie frei und brüderlich Menschen zusammenleben, zeigt sich zunächst und vor allem in ihrer Kommune, in ihrem Stadtteil, in der Nachbarschaft. Das kommunale Gemeinwesen sollte die Basis des Sozialstaates sein. Wir wollen seinen gemeinschaftlichen und öffentlichen Charakter erhalten und ausbauen, seine wirtschaftlichen und politischen Strukturen demokratisch gestalten. Unser Ziel ist eine Stadt, in der öffentliche Einrichtungen wie Schulen, Kindergärten, Schwimmbäder, Sportanlagen oder die Weiterbildungsangebote der Volkshochschule allen ebenso kostenlos zur Verfügung stehen wie der öffentliche Personennahverkehr oder Museen und Theater. Wir wünschen uns eine Stadt, in der Toleranz selbstverständlich ist und in der alle Menschen gut leben und ihre ganz persönlichen Ziele verfolgen können. Eine Stadt, in der die demokratische Teilhabe aller an den Entscheidungsprozessen ermöglicht und gefördert wird.

Durch den Sozial- und Bildungsabbau der vergangenen Jahre sind wir heute von diesen Zielen weiter entfernt als im Jahr 2000. Wir wissen auch, dass diese Ziele nicht von heute auf morgen verwirklicht werden können. Sie festzuhalten ist für uns aber wichtig, weil sie Bezugspunkt und Erfolgskriterium für die kleinen Schritte des politischen Alltages sind.

Die Stadt als Basis eines sozialen Gemeinwesens

Rüsselsheim war und ist von der Entwicklung der Adam Opel AG abhängig. So wie die Stadt einst vom Automobilboom profitierte, ist sie seit Jahren sowohl vom Arbeitsplatzabbau wie auch von den Möglichkeiten global operierender Konzerne zur Steuervermeidung betroffen. Die Kolleginnen und Kollegen bei Opel müssen gerade erleben, wie Profitinteressen über Lebensverhältnisse entscheiden. Arbeitsplätze und Opel-Standorte werden als Manövriermasse eingesetzt

mit dem einzigen Ziel, Maximalprofit für Aktionäre zu erwirtschaften. Leistungen und Bedürfnisse der Beschäftigten und ihrer Familien werden ignoriert.

Die soziale Zusammensetzung Rüsselsheims ist von dieser Entwicklung ebenso geprägt wie die Struktur des lokalen Gewerbes. In der Stadt leben vor allem Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, mittelständisches Gewerbe spielt eine geringere Rolle als andernorts. Vor diesem Hintergrund waren und sind die sozialen und kulturellen Einrichtungen, wie z.B. Schulen, Kindertagesstätten, Museum, Volkshochschule, Stadtbücherei, Theater, Schwimmbäder, Sportplätze und Seniorentreffs, kein Luxus, den man sich in besseren Zeiten leisten konnte, sondern den Lebensbedingungen und den Bedürfnissen der hier lebenden Menschen geschuldet.

Für Erhalt und Ausbau der öffentlichen Dienste

Die kommunale Infrastruktur ist eine elementare Voraussetzung für den Sozialstaat und den Zusammenhalt der Gesellschaft. Die Daseinsvorsorge ist eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe, sie gehört in kommunale und öffentliche Hand. Die Linke/Liste Solidarität wendet sich daher mit Nachdruck gegen eine Politik der Privatisierung öffentlicher Einrichtungen und Unternehmen. Unabhängig davon, ob es sich um Bildungseinrichtungen, Sozial- und Gesundheitsfürsorge, die Grundversorgung mit Strom, Gas und Wasser, den öffentlichen Personennahverkehr oder andere öffentliche Dienstleistungen handelt, sicherer, ökologischer und billiger werden sie durch Privatisierung kaum werden. Alle bisherigen Erfahrungen zeigen – ob (Teil-)Verkauf von Stadtwerken und anderen kommunalen Unternehmen oder Cross-Border-Leasing usw. – die städtischen Kassen sind danach leerer, die Schulden höher als vorher.

Hinzu kommt, dass zwangsläufig politische Entscheidungen im Interesse von Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern erschwert oder verhindert werden. Ziel der weltweit zu beobachtenden Privatisierungswelle ist es vor allem, neue Anlagefelder für Kapitalvermögen zu schaffen und

Die Stadt als Basis eines sozialen Gemeinwesens

diese durch Reduzierung der Arbeitskosten so lukrativ wie möglich zu gestalten. Für Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer wird sich ebenso wenig verbessern wie für die Verbraucherinnen und Verbraucher. Ein zusätzlicher aber von den Initiatoren sicher gewollter Nebeneffekt ist der mit der Einführung marktwirtschaftlicher Strukturen und der Privatisierung einhergehende Abbau von Mitbestimmung und Demokratie.

- Es muss Schluss gemacht werden mit der Verschleuderung öffentlichen Eigentums und der Arbeitsplatzvernichtung in kommunalen Betrieben.
- Die Stadt muss auf teure Berater z.B. von der Bertelsmann-Stiftung verzichten (das immer gleiche Konzept dieser Berater heißt: Leistungen kürzen, Gebühren erhöhen, Bürger belasten, wie z.B. bei Kindertagesstätten, Volkshochschul- und Musikkursen, Ferienspielen und Betreuung an Schulen, Eintrittspreisen für Museen und Bäder)
- Die Linke/Liste Solidarität wendet sich gegen jeden Versuch, den Haushalt der Stadt auf Kosten der Beschäftigten und der Bevölkerung zu sanieren.



Rüsselsheim hat schon einige Sparrunden hinter sich. Geschlossen wurden fünf von sechs Altagsstätten, das einzige Kinderhaus, Jugendzentren und ein Schwimmbad. Personal wurde reduziert, Vereine bekamen weniger Unterstützung. Das Stadtkrankenhaus wurde zur GmbH gemacht, die Stadtwerke ebenso. Man hat sogar versucht, das Wasserleitungsnetz zu verkaufen, was aber am Bürgerprotest scheiterte. Mit dieser Politik muss endlich Schluss sein.

Die Erhaltung und der weitere Ausbau des öffentlichen Dienstes ist notwendig, da es viele Dienste gibt, die ohne Gewinnabsichten, weltanschaulich neutral und auch dann angeboten werden müssen, wenn ihre Kosten die Einnahmen übersteigen. Die Debatte um den Kostendeckungsgrad etwa im Bildungs- und Erziehungsbereich ist irreführend. Sie muss schon allein deshalb beendet werden, weil die Menschen ja bereits durch ihre Steuern für die entsprechenden Dienstleistungen bezahlt haben.

Die Finanzierung öffentlicher Einrichtungen aus Steuergeldern ist ein wesentliches Element des Sozialstaates, weil es, sofern das Steuersystem sozial gerecht ist, die Lasten für die öffentlichen Einrichtungen sozial gerecht verteilt. Wer dies ändern will, baut den Sozialstaat nicht um sondern ab. Die Linke/ Liste Solidarität tritt daher mit Nachdruck für den Erhalt und Ausbau öffentlicher Einrichtungen ein, wie zum Beispiel:

- Kindertagesstätten
- Betreuungsschulen
- Jugendhäuser
- Jugendpflege/Jugendbildungswerk
- Haus der Senioren
- Stadt- und Stadtteilbüchereien
- Krankenhaus
- Altenheim und Seniorentreffs
- Sozialstation
- Theater
- Volkshochschule
- Musikschule
- Schwimmbäder, Sportstätten

Die Arbeit in diesen Institutionen muss von gut ausgebildeten professionellen Kräften geleistet werden.

Die Stadt als Basis eines sozialen Gemeinwesens

Städtische Aufgaben dürfen nicht über ehrenamtliches Engagement abgedeckt werden.

Wir meinen:

Ehrenamtliches Engagement kann professionelle Arbeit zwar unterstützen, keinesfalls aber ersetzen. Wenn ehrenamtliche Tätigkeit dazu missbraucht wird, Arbeitsplätze abzubauen und wenn sie dort eingesetzt werden soll, wo professionelle Arbeit gefordert ist, werden sich mit Recht immer mehr bisher aktive Menschen aus ehrenamtlicher Tätigkeit zurückziehen.

Der Öffentliche Dienst muss in seinem Verhalten als Arbeitgeber eine Vorbildfunktion für die sogenannte „freie“ Wirtschaft haben. Die Linke/Liste Solidarität setzt sich für ein klares Bekenntnis der Stadt zu tarifgebundenen und sozialversicherungspflichtigen Arbeitsplätzen ein.

- Befristete Arbeitsverträge und Honorarverträge müssen die absolute Ausnahme bleiben. Sie dürfen in so sensiblen Bereichen wie Schulen oder Kitas nicht vergeben werden.
- Reinigungs- und Grünpflegearbeiten sind zu rekommunalisieren und auszuweiten.
- Städtische Aufträge dürfen nur an Firmen vergeben werden, die sich an Tarifverträge halten, Frauen fördern, Ausbildungsplätze schaffen und auch Behinderte beschäftigen.
- Arbeitsplatzvernichtende und menschenunwürdige 1-€-Jobs darf es nicht geben.
- Die Zahl der städtischen Ausbildungsplätze ist zu erhöhen!
- Allen Auszubildenden ist eine unbefristete Übernahme anzubieten.

Es widerspricht dem Charakter des öffentlichen Dienstes, ihn nach rein betriebswirtschaftlichen Vorgaben zu organisieren. Wir setzen uns für Korrekturen ein, die die gesamtgesellschaftliche Verantwortung des öffentlichen Dienstes wieder stärken.

Rüsselsheimer Sozialpass

Vor dem Hintergrund der Tatsache, dass in Rüsselsheim ca. 30 Prozent der Bevölkerung armutsgefährdet sind fordert Die Linke/Liste Solidarität, einen Rüsselsheim-Pass einzuführen.

Der Rüsselsheim-Pass soll einkommensschwachen Bürgerinnen und Bürgern Rüsselsheims ermöglichen, diskriminierungsfrei Vergünstigungen in Anspruch zu nehmen, wie zum Beispiel:

- ermäßigte Teilnahme am ÖPNV und RMV
- freier Eintritt in Museen und Theater
- freie Benutzung der Stadtbücherei
- freie Teilnahme an der Musikschule
- ermäßigte VHS-Gebühren
- freier Eintritt bei Bädern
- ermäßigter Eintritt bei Kulturveranstaltungen
- ermäßigtes Essensgeld in Kitas und Schulen (solange die allgemeine Kostenfreiheit nicht erreicht ist)

Wohnen in Rüsselsheim

In Rüsselsheim so wie allen Ballungsräumen fehlen bezahlbare, altengerechte und größere Wohnungen. 2008 waren in Deutschland 40 000 Haushalte als wohnungssuchend gemeldet.

Heute gibt es 1,2 Mill. Sozialwohnungen. Vor 30 Jahren waren es noch 4 Millionen. Der Bestand geht jährlich um 120 000 zurück, d.h. bis 2020 wird der soziale Mietwohnungsbau auf eine marginale Restgröße zurückgehen. Dieser Entwicklung muss sowohl vom Bund als auch mit neuen Landesprogrammen für den Sozialen Wohnungsbau, gezielt auch im Ballungsraum Rhein-Main, entgegengewirkt werden. Die Rüsselsheimer Gewobau (zu 100 Prozent in kommunalem Eigentum) muss sich an diesen Programmen beteiligen. Es gibt zu wenig große Wohnungen. Neue große



Finanzen

Wohnungen (ab 3,5 Zimmer) sind entsprechend zu bauen. Um Ghattobildung zu verhindern, sollten diese Wohnungen dezentralisiert in der ganzen Stadt gebaut werden.

Sozialwohnungsanträge von Antragstellenden, die ihre Familie aus ihrem Herkunftsland holen wollen, sollten Priorität haben.

Der Tausch von Wohnungen sollte leichter gemacht und die Zusammenlegung von nebeneinander liegenden Wohnungen sollte neutral finanziert werden.

Die Linke/Liste Solidarität lehnt jeglichen Verkauf von Wohnungsbeständen, auch einzelner Wohnblocks (wie z.B. in der Joh.-Seb.-Bach-Str. 53) ab. Politisch gewollte Maßnahmen, die die Gewobau für die Stadt durchführt (wie z.B. Alte Synagoge, Sozialmanagement), müssen über den kommunalen Haushalt finanziert werden.

Energetische Sanierung muss warmmietneutral geschehen, d.h. die Miete darf nach der energetischen Sanierung inklusive der Heizkosten nicht höher sein, als zuvor.

Der Mieterbund Rüsselsheim, als Interessenvertretung der Mieterinnen und Mieter, ist zu unterstützen.

Die Mieten der Gewobau-Wohnungen müssen so gestaltet sein, dass sie mietdämpfend auf den gesamten Wohnungsmarkt wirken.

Gemeindefinanzierung sichern - Leistungen für Bürgerinnen und Bürger erhalten

Die Gemeinde Rüsselsheim ist seit Jahren hoch verschuldet. Dies wurde vom Magistrat, den ihn tragenden Parteien SPD und Grüne sowie den sogenannten Oppositionsparteien CDU, FDP und Rüssel als Begründung für eine ganze Reihe von wesentlichen Einschränkungen der Leistungen für die Bürgerinnen und Bürger genutzt:

- Das Schwimmbad an der Opelbrücke: geschlossen
- Die Stadtteilbüchereien: teilweise privatisiert
- Kinder- und Jugendhäuser: geschlossen
- 5 Altentagesstätten: geschlossen
- Psychologische Beratungsstelle für Kindertagesstätten: geschlossen
- Personalausgaben seit 1996 um real fast 40%

gesenkt (Arbeitsplatzabbau, Streichung von Ausbildungsplätzen)

finanzielle Wirkung:

Schuldenstand 2000 = 81 Mio. Euro

Schuldenstand 2005 = 220 Mio. Euro

Schuldenstand 2010 = 374 Mio. Euro



Hauptursache dafür ist, dass die Steuereinnahmen im Jahrzehnt 1999 bis 2008 gegenüber dem Vorjahrzehnt im wesentlichen durch Bundesgesetzgebung zugunsten von Reichen und Konzernen real um nahezu 46% sanken. Die Lage wird durch die Pläne der hessischen Landesregierung, 2011 im Kommunalen Finanzausgleich rund 400 Millionen Euro einzusparen, massiv verschärft. Dagegen müssen sich die hessischen Kommunen gemeinsam wehren, statt einzeln eine unsoziale Haushalts"konsolidierung" zu betreiben.

Durch die Finanzpolitik von Bund und Land Hessen ist auch die Handlungsfähigkeit der Stadt Rüsselsheim in den vergangenen Jahren erheblich eingeschränkt worden. Ohne entsprechende Transferzahlungen erhielten die Kommunen zusätzliche Aufgaben (z.B. Kindergartenplatzgarantie), während der Bund durch die Steuer"reformen" der letzten Jahre ihre Finanzbasis weiter schmälerte. Rüsselsheim leidet vor allem unter den großzügigen Steuervermeidungsmöglichkeiten, die es Unternehmen wie General

Finanzen

Motors ermöglichen, die Vorteile der kommunalen Infrastruktur zu nutzen, ohne einen angemessenen Beitrag zur Finanzierung der Kommune zu leisten. Wenn sich also Städte wie Rüsselsheim heute in einer finanziellen Krise befinden, liegt das nicht daran, dass sie über ihre Verhältnisse gelebt hätten, sondern ist Ergebnis einer gezielten politischen Strategie, über die Verknappung der Gemeindehaushalte den Sozialstaat zu Fall zu bringen. Vor dem Hintergrund eines sich fast explosionsartig vermehrenden Reichtums von Wenigen (Geld ist genug da!) gibt es keinen Geldmangel zur Finanzierung öffentlicher Aufgaben, es gibt lediglich ein Verteilungsproblem.

Die Linke/Liste Solidarität wird mit Nachdruck der verlogenen Sparpropaganda entgegentreten und wirbt für eine Initiative, die Unterfinanzierung der Kommunen offensiv zu kritisieren.

Konkrete Forderungen hierbei sind die Heraufsetzung des Anteils der Kommunen an der Einkommenssteuer, die Wiedereinführung der Vermögenssteuer und eine Gemeindefinanzreform, die unter anderem durch die Verbreiterung der Bemessungsgrundlage bei der Gewerbesteuer für eine stabile und auskömmliche Gemeindefinanzierung sorgt. DIE LINKE im Bundestag hat dazu mit ihrem Antrag zu einer Gemeindefinanzreform einen sinnvollen Vorschlag gemacht.

Die falsche steuerpolitische Orientierung des Bundes hat auch in Rüsselsheim ihren Niederschlag gefunden. Der Ansatz, durch eine niedrige Gewerbesteuer im Wettbewerb mit anderen Kommunen einen Vorteil bei der Gewerbeansiedlung zu erlangen, war so naiv wie unsolidarisch. Praktisch brachte die Senkung der Gewerbesteuer ab 1998 der Stadt einen Einnahmeverlust von mehreren Millionen Euro jährlich und war, da die Gewerbesteuer eine Steuer hauptsächlich für große Betriebe ist, vor allem ein kommunales Steuergeschenk an General Motors. Aber weder bei Opel noch bei der Stadt sicherte dieses Steuergeschenk Arbeitsplätze, und die Hoffnung, dadurch neues Gewerbe nach Rüsselsheim zu locken, hatte sich nicht erfüllt. 2009 folgten dann endlich SPD und Grüne unseren Jahr für Jahr wie-

derholten Anträgen und beschlossen eine Wiederanhebung der Gewerbesteuer.

Unabhängig von der Situation auf der Einnahmenseite muss ein effektiver Umgang mit dem Geld der Bürgerinnen und Bürger selbstverständliches Ziel der politisch Verantwortlichen sein. Dem Spareifer im sozialen und kulturellen Bereich steht allerdings eine verschwenderische Ausgabenpolitik bei der „Wirtschaftsförderung“ gegenüber.

So konnte von uns durch die Mobilisierung der Bürgerinnen und Bürger gerade noch die Neupflasterung der Innenstadt für 4 Mio. Euro und die Fällung der Bäume am Gemeindeplatz verhindert werden.

Auch der Abriss der Köbelhalle mit Neubau einer kleineren Sporthalle wurde durch unseren Einsatz und hauptsächlich durch die Expertise von engagierten Rüsselsheimer Handwerkern vorläufig gestoppt.



Die entgegen dem sonstigen Personalabbau geplante Installation von 9 Tourismus- und Marketingmanagern wurde von uns bekämpft und inzwischen weitgehend reduziert.

Für externe Gutachten, die im Wesentlichen dazu dienen, sowieso geplante Maßnahmen mit der Weihe der „unabhängigen Experten“ (Rürup, Bertelsmann, AGN ...) zu versehen, werden Millionen verschleudert.

Zweistellige Millionenbeträge sollen weiterhin als kommunale Vorleistungen (Tunnel bzw. Brücke) für das überdimensionierte Einkaufszentrum auf dem Opel-Altgelände erbracht werden – das zu verhindern ist eine anspruchsvolle Aufgabe, der wir uns weiterhin widmen.

Kultur, Kunst und Bildung

Kultur, Kunst und Bildung

Die Linke/Liste Solidarität geht von einem Kulturverständnis aus, das alle Formen der geistigen Auseinandersetzung des Menschen mit Seinesgleichen und der Umwelt umfasst. Bildungs- und Erziehungseinrichtungen, Museen und Theater, sportliche und kulturelle Vereine sind daher die Grundlage des kulturellen Lebens in der Stadt. Wenn ihre personelle oder finanzielle Ausstattung ausgedünnt wird und öffentliche Initiativen durch privates Engagement ersetzt werden, sind negative Auswirkungen auf die Zivilgesellschaft unvermeidlich.

Bildung

Die Linke/Liste Solidarität geht davon aus, dass Bildung und Erziehung als Aufgabe der ganzen Gesellschaft verstanden werden muss. Es ist nicht akzeptabel, wenn für die Stadt Rüsselsheim notwendige Einrichtungen, wie etwa die Betreuungsschulen, mit dem Hinweis auf die Haushaltskonsolidierung ihre Qualitätsstandards immer weiter senken müssen. Es ist vielmehr Aufgabe der Stadt, für die in ihr lebenden Menschen bildungspolitische Aktivitäten zu entwickeln, die den gewachsenen Anforderungen in zweifacher Hinsicht gerecht werden:

1. Eine immer komplexer werdende Gesellschaft, stellt steigende Anforderungen an die politische Bildung ihrer Bürgerinnen und Bürger. Wer sich selbst und die Welt nicht versteht, ist auch nicht in der Lage, als mündiger Bürger oder mündige Bürgerin kritisch und selbstbewusst politisch zu handeln.
2. Die Erziehungs- und Bildungseinrichtungen der Stadt müssen helfen Chancengleichheit für alle zu realisieren. Vor dem Hintergrund zunehmender sozialer und ethnischer Segmentierung der Gesellschaft müssen integrative Konzepte auf allen Feldern des Bildungs- und Erziehungswesens ausgebaut und öffentlich offensiv vertreten werden. Die Überwindung des gegliederten Schulsystems und deutlich erhöhte finanzielle Mittel seitens des Landes und des Schulträgers Stadt Rüsselsheim sind die Voraussetzung für eine erfolgreiche inklusive Pädagogik an Rüsselsheimer Schulen.

Heute muss im Erziehungs- und Bildungswesen mehr Arbeit geleistet werden als von den Beschäftigten bewältigt werden kann. Personalausbau und nicht Personalabbau ist also das Gebot der Stunde. In diesem Zusammenhang wendet sich Die Linke/Liste Solidarität entschieden gegen alle Bestrebungen, die „Bildungsstückkosten“ über Deregulierung und Flexibilisierung des Arbeitsmarktes für ErzieherInnen, SozialpädagogInnen und LehrerInnen zu senken.

Die Linke/Liste Solidarität räumt den kommunalen Bildungs- und Erziehungseinrichtungen höchste Priorität ein. Wir meinen, dass sie den Erfordernissen der Zeit entsprechend besser ausgestattet werden müssen und dass Sparen in diesem Bereich ein absolutes Tabu ist. Mittel, die durch Veränderungen frei werden, sind wiederum im Bildungssektor einzusetzen.

Kindertagesstätten

Die Qualitätsstandards der Rüsselsheimer Kindertagesstätten und Horte müssen erhalten und ausgebaut werden. Kitagebühren müssen weiter gesenkt werden, damit es vor allem für kinderreiche Familien und Alleinerziehende keine Belastung ist, ihre Kinder in die Kita zu schicken. Das Ziel ist der für alle Kinder kostenfreie Besuch von Kindertagesstätte, Hort und Kinderkrippe.

Kinderbetreuung für Kinder bis drei Jahre

Die Linke/Liste Solidarität setzt sich für eine rechtzeitige und umfassende Umsetzung des Kinderförderungsgesetzes ein. Dieses regelt für jedes Kind mit Vollendung des ersten Lebensjahres einen Rechtsanspruch auf Förderung in einer Kindertageseinrichtung oder Tagespflege ab 2013.

Die Linke/Liste Solidarität setzt sich für ein wohnortnahes Förderungsangebot mit qualifiziertem Personal des öffentlichen Dienstes ein.

Schulen

Die Rüsselsheimer Schulstruktur ist durch eine hohe soziale und ethnische Selektivität gekennzeichnet. Bei einer offiziellen Kinderarmutsquote von über 22% muss davon ausgegangen werden, dass in Förder-, Haupt-, Real- und Gesamtschulen eine große Anzahl von Kindern von Sozial- und

Kultur, Kunst und Bildung

Transferleistungen nach SGB II, III und XII abhängig sind. In seiner grundlegenden Bedeutung für die Gestaltung der Schullandschaft wird dem Problem der Kinderarmut von den in Rüsselsheim politisch Verantwortlichen nach wie vor nicht Rechnung getragen. Immer mehr Kinder werden zum Besuch eines Gymnasiums angemeldet, um sozial belastete Situationen zu vermeiden. So entsteht die Gefahr, dass in anderen Schulformen Lerngruppen entstehen, in denen Lernerfer und Motivation zusammenbrechen. Die Bildungssoziologie spricht hier von einer „doppelten Benachteiligung“. Die Vielfalt der Rüsselsheimer Schulen ist daher nicht positiv zu bewerten, sie verschärft die soziale Spaltung der Rüsselsheimer Schülerschaft und die soziale Selektivität. Diese Probleme sind letztlich nur durch die Überwindung des gegliederten Schulsystems zu lösen. Eine zeitgemäße Schulträgerschaft erfordert mehr als nur die Sorge für einen guten Zustand der Gebäude und eine funktionierende Organisation der Schulverwaltung. Sie muss die konkrete Situation der Kinder und Jugendlichen der Stadt zum Ausgangspunkt nehmen, um eine qualitative Schulentwicklung zu ermöglichen. Dies gilt umso mehr, wenn ca. 60% aller Schülerinnen und Schüler einen Migrationshintergrund aufweisen und erhebliche Anstrengungen zur Realisierung einer interkulturellen Pädagogik unter-

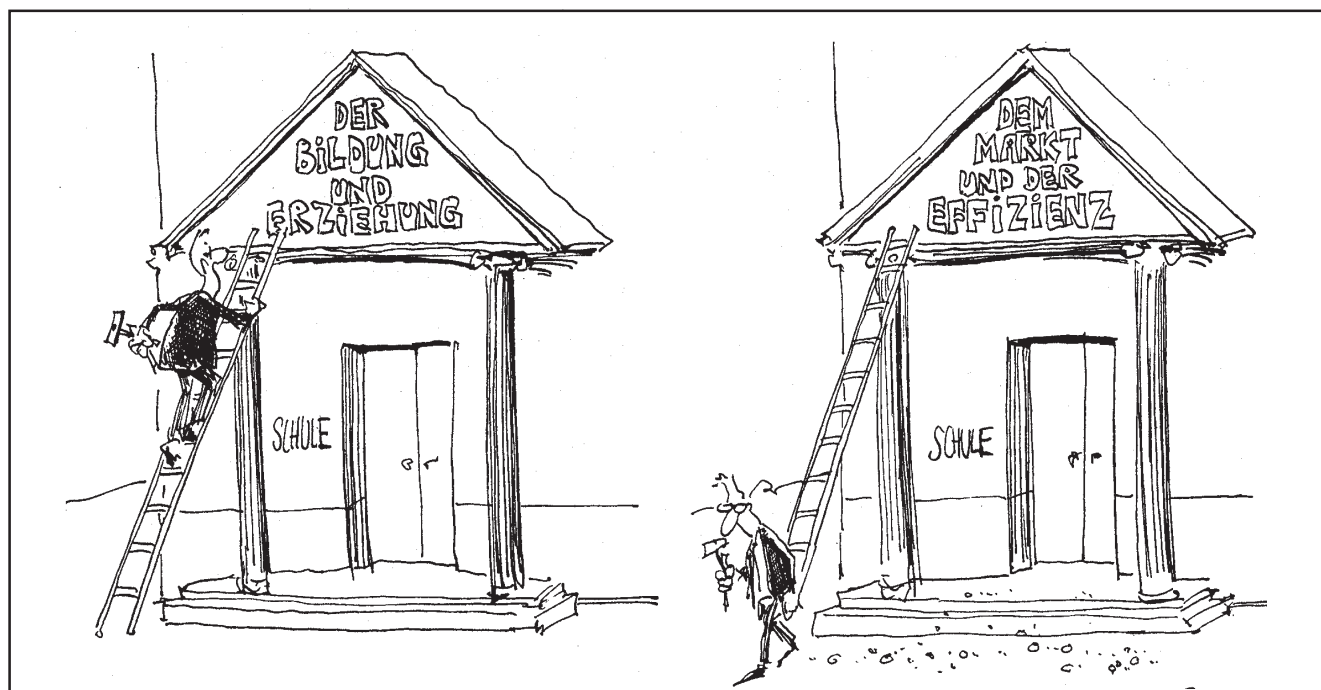
nommen werden müssen. Und dies gilt auch insbesondere dann, wenn das anspruchsvolle Ziel der Inklusion (d.h. der Integration von Schülerinnen und Schülern mit sonderpädagogischem Förderbedarf in den Regelunterricht) verfolgt wird. Um eine gute Schule für alle Rüsselsheimer Schülerinnen und Schüler zu schaffen, setzen wir uns für folgende Punkte ein:

Die Schulentwicklung in Rüsselsheim wird mit dem Ziel betrieben, das gegliederte Schulsystem abzuschaffen.

Die Rüsselsheimer Schulen müssen materiell so ausgestattet werden, dass sie eine wirksame Armutsprävention leisten können. (Kostenlose Schulmaterialien, kostenloses Mittagessen, Unterstützung bei Ausflügen, Museumsbesuchen u.ä.)

Die Stadt Rüsselsheim startet ein Projekt zur gezielten Förderung des schulischen Erfolgs von Kindern mit Migrationshintergrund!

Die Umsetzung einer inklusiven Pädagogik erfordert auch von der Stadt einen erheblichen finanziellen Mehraufwand. Erst wenn die Bereitstellung der notwendigen Mittel gesichert ist, kann inklusive Pädagogik erfolgreich sein.



Kultur, Kunst und Bildung

Die Schulsozialarbeit muss weiter ausgebaut und auch an Grundschulen eingeführt werden.

Jede Schule braucht mindestens eine Hausmeisterin/einen Hausmeister und eine Sekretärin/einen Sekretär!

Die Privatisierung der Schulreinigung hat sich nicht bewährt, sie wird wieder in städtische Regie übernommen!

Betreuungsschule, Horte, Schulkinderhäuser

Die Entwicklung der Rüsselsheimer Betreuungsschulen in den vergangenen Jahren ist ein Trauerspiel. Personalmangel, Einsatz von befristet Beschäftigten, unzureichende Räumlichkeiten und unzureichende sachliche Ausstattung führen zu Qualitätsproblemen und gesundheitlicher Belastung von Beschäftigten und Kindern. Die Verzahnung der Betreuungsschularbeit mit dem Unterricht der Grundschule und verlässliche Bezugspersonen für die Kinder in der Betreuung sind unverzichtbar! Die Linke/Liste Solidarität wendet sich entschieden dagegen, dass die Rüsselsheimer Betreuungsschulen zu Billigaufbewerungsanstalten verkommen. Schulische Betreuungsangebote, also auch Schulkinderhäuser, müssen die gleichen Standards erfüllen wie die Horte.

Kultur und Kunst

Kultur ist das, was die Menschen aus sich und ihrer Welt machen.

Kultur ist kein Luxus, sondern eine wichtige geschichtliche Form des gesellschaftlichen Verkehrs der Menschen untereinander.

Kulturelle Motive und Tendenzen sind in allen Forderungen und Bemühungen zu sehen, die sich auf bessere Bedingungen der Persönlichkeitsentwicklung in der ganzen Breite geistiger, gefühlsmäßiger und sinnlicher Eigenschaften und Beziehungen richten.

Kulturelle Aktivität beinhaltet Gestaltung nach eigenen Vorstellungen, eigene Interpretation, selbst handeln, selbst ausprobieren, selbst denken, lernen, kennen lernen, üben, spielen.

Aufgabe ist es nicht nur, Traditionen und kulturelles Erbe zu bewahren, sondern auch das Störende zu sein, aufzuzeigen, dass es neben der Realität unseres Lebens andere Wirklichkeiten gibt - nicht nur ein Bezugssystem, sondern viele.

Kulturpolitik hat die notwendigen Freiräume zu schaffen, die finanzielle Förderung zu gewähren, damit alle Bürgerinnen und Bürger - und nicht nur bestimmte Schichten - ihre sozialen, kommunikativen und ästhetischen Vorstellungen entwickeln und verbreiten können. Kulturelle Vielfalt, Spontaneität und Kreativität kann nur bei ungehinderter Entfaltung entstehen. Kulturpolitik muss mit ihrer Zielsetzung diese Vielfalt verwirklichen helfen.

Kulturpolitik verfehlt da ihr Ziel, wo sie nur noch sich selbst sieht, wo die Kunst zu Publicity- oder Stadtmarketing-Zwecken verbraucht wird, wo sie zum Imponiergehabe der Politik wird.

Das kulturelle Angebot in den umliegenden Großstädten ist qualitativ hoch stehend und umfassend. Rüsselsheim sollte damit nicht konkurrieren, sondern eigene kulturpolitische Wege finden und Nischen besetzen, wie es z.B. mit der „Jazzfabrik“ gelungen ist.

Eigenbetrieb Bildung und Kultur

Durch die Einrichtung des Eigenbetriebs mit Theater, Volkshochschule und Musikschule wurde eine Trennung zu den politischen Entscheidungsgremien vollzogen, die nicht durch ein dünnes Kulturprofil und eine Betriebskommission, in der nicht einmal alle Fraktionen vertreten sind, ersetzt werden kann. Eine detaillierte Einflussnahme ist kaum möglich.

Theater

Das Rüsselsheimer Stadttheater ist traditioneller Schwerpunkt kommunaler Kulturförderung. Der inhaltliche Anspruch lag in weiten Strecken lediglich darin, gute Unterhaltung zu bieten. Dies alleine reicht allerdings nicht. Durch die Zusammenarbeit mit den umliegenden Theatern und vor allem den Hochschulen, sollte ein Zugang zu anspruchsvolleren Aufführungen ermöglicht werden. Wir begrüßen, dass die Programmgestaltung nicht mehr von Agenturen durchgeführt wird.

Weiterer Schwerpunkt sollte wie bisher das Kinder- und Jugendtheater sein. Es ist nach und nach weiter zu entwickeln. Die erfreulicherweise in Rüsselsheim bestehenden freien Theatergruppen, „sechzig90“, „schon gesehen“ und das Rüssels-

Kultur, Kunst und Bildung

heimer Schülerensemble, sind verstärkt zu fördern.

Auslagerungen zu Gunsten des Opel-Altwerkes, wie sie in Rüsselsheim 2020 anklangen, lehnen wir aufs schärfste ab. „Der Treff“ ist das gelungenste zeitgenössische Gebäude Rüsselsheims und muss auf jeden Fall erhalten bleiben.

Volkshochschule

Die Linke/Liste Solidarität ist grundsätzlich der Auffassung, dass Volkshochschulen nicht unter Kosten und Profitgesichtspunkten geführt werden können. Bildung ist ein Menschenrecht. Die betriebswirtschaftliche Steuerung von Volkshochschulen ist seiner Realisierung abträglich. Wir fordern daher, dass das Land und die Stadt die Volkshochschule materiell so ausstatten, dass die vergangenen Gebührenerhöhungen rückgängig gemacht werden können. In prekären Arbeitsverhältnissen beschäftigte Kursleiterinnen und Kursleiter sind, wenn sie dies wollen, in feste Arbeitsverhältnisse zu übernehmen.

Museum

Das Rüsselsheimer Stadtmuseum stellte bisher die Geschichte Rüsselsheims vorbildlich in ihren unterschiedlichen Aspekten dar. Der sozialkritische alltagsgeschichtliche Ansatz fand weit über die Grenzen der Stadt hinaus Beachtung. Bei der Überarbeitung und Erweiterung der Ausstellungen ist darauf zu achten, dass die sozialkritische und ökologische Orientierung des Hauses erhalten und öffentlichkeitswirksam präsentiert wird. Das Museum gehört zur kulturellen Infrastruktur, zu der jeder Bürger und jede Bürgerin freien Zugang haben soll. Die Linke/Liste Solidarität fordert daher die Abschaffung der Eintrittsgebühren für das Rüsselsheimer Museum und einen Ausbau des museumspädagogischen Angebotes. In einem ersten Schritt werden die Eintrittsgebühren für Schulklassenbesuche abgeschafft.

Stadtbücherei

Die Stadtbücherei ist in Rüsselsheim eine unverzichtbare Einrichtung für die Bildung der hier lebenden Menschen. Darüber hinaus haben sich Stadtbücherei und die Stadtteilbüchereien zu wichtigen kulturellen Treffpunkten entwickelt.

Dem Lesen und der Leseförderung kommt heute eine besondere Bedeutung nicht zuletzt für die Realisierung gleicher Bildungschancen zu. Deshalb kritisiert Die Linke/Liste Solidarität den in den vergangenen Jahren betriebenen Personalabbau im Bereich der Stadtbücherei ebenso wie die hier vorgenommenen Mittelkürzungen. Die Leistungen der Rüsselsheimer Büchereien müssen wieder unentgeltlich zur Verfügung gestellt werden.

Musikschule

Neben den traditionellen Musikstilen ist verstärkt auf die Belange der populären Musikrichtungen einzugehen. So ist ein Fundus an Leihinstrumenten für jugendliche Musikgruppen bereitzustellen. Weiterhin ist zu Verleihzwecken eine Verstärkeranlage anzuschaffen und es sind Übungsräume einzurichten.

Freie Kulturinitiativen

Die Vielfältigkeit des kulturellen Lebens in Rüsselsheim wird maßgeblich von freien Initiativen geprägt. „Das Rind“, Kunstverein, Jazzfabrik, Malkasten, Jugendkunstschule usw. sind nicht mehr wegzudenken. Die Freien Kulturinitiativen sind daher finanziell und organisatorisch zu unterstützen und zu fördern.

Opelvillen

Die Opelvillen haben sich in der Region etabliert. Daneben sind Ausstellungsmöglichkeiten in Kooperation mit den bestehenden Initiativen zu schaffen, für zeitgenössische Kunst, die Rüsselsheimer Kunstsammlung und für Rüsselsheimer Künstlerinnen und Künstler.

Film

Das „Ried-Casino“ schließt Ende 2010. Es erfüllte eine wichtige Funktion für filminteressierte Rüsselsheimer Bürgerinnen und Bürger. Anspruchsvollere Produktionen, die über den US-Mainstream hinausreichen, sind dann nur noch in Mainz bzw. Frankfurt zu sehen. Wir fordern, dass die Stadt Rüsselsheim die entstandene Lücke in geeigneter Form schließt.

Kinder und Jugend

Frauenzentrum

Die Linke/Liste Solidarität unterstützt die von unterschiedlichen Lebensentwürfen getragenen vielfältigen kulturellen Aktivitäten von Frauen, damit sie die öffentlichen Strukturen der Stadt Rüsselsheim ihren Ansprüchen entsprechend gleichberechtigt mitgestalten können. Das Rüsselsheimer Frauenzentrum, von Frauen für Frauen ins Leben gerufen, ist ein unverzichtbarer Ort, um Frauen die soziale, kulturelle und politische Teilhabe zu eröffnen.

Vereine

Die Rüsselsheimer Vereine sind ein wichtiger Partner städtischer Kulturpolitik bei der Verwirklichung vielfältiger und stadtteilnahmer kultureller Aktivitäten. Sie tragen dazu bei, dass Rüsselsheim eine lebendige Stadt ist. Ihr eigenständiges Engagement wird von uns unterstützt. Die städtische Förderung für die Vereine darf nicht gekürzt werden.

Kinder und Jugend

Grundsätzlich hält Die Linke/Liste Solidarität daran fest, dass Kinder und Jugendliche ein Recht darauf haben, in einer Welt aufzuwachsen, „in der sie erwünscht sind, in der sie ihre vielfältigen Fähigkeiten durch Teilnahme bilden und in der sie ihre Realität begreifend gestalten können“ (Johannes Beck). Eine kinder- und jugendfreundliche Stadt muss daher darauf bedacht sein, bei allen Planungen die Bedürfnisse und Interessen von Kindern und Jugendlichen mit zu berücksichtigen. Dies muss von der Politik wirklich gewollt und durch angemessene Beteiligungsformen sichergestellt werden.

Kinder und Jugendliche sollen in die Lage versetzt werden, als gesellschaftliche Subjekte zu denken und zu handeln, um so das Versprechen der Demokratie („Herrschaft des Volkes“) einlösen zu können. Neben Schulen haben auch Kindertagesstätten hier die Aufgabe, Kindern und Jugendlichen ihre Würde zu vermitteln, indem sie sich optimal entfalten können – ohne Ausgrenzung und Beschämung.



Wie schnell von dieser hehren Zielbestimmung Abstand genommen wird, wenn die Kassenlage knapper wird, kann man – trotz aller Sonntagsreden über die „Kinder als Zukunft der Gesellschaft“ – an der Klientelpolitik der herrschenden Parteien ablesen.

Auch bei Kindern gewinnt die profitorientierte Massenkultur der Medienindustrie – nicht zuletzt mangels gesellschaftlicher Alternativen – in immer stärkerem Ausmaß an Einfluss. Außerhalb der „pädagogischen Inseln“ der Gesellschaft werden Kinder und Jugendliche immer mehr auf die Rolle als Konsumenten und Kunden reduziert. Diese passive Orientierung an imaginären Vorbildern trägt mit dazu bei, dass sie auch als Erwachsene eher nicht gesellschaftliche Fragen aufgreifen, sondern „anpassungsfähige Untertanen“ werden.

Um auf kommunaler Ebene dazu beizutragen, auf eine Erziehung zu Werten wie Gemeinsinn und Solidarität hinarbeiten, müssen soziale Einrichtungen im Wohnumfeld wie Spielplätze, Kindergärten und Schulen, Horte, Jugendzentren etc. gestützt und ausgebaut werden.

Kindern und Jugendlichen fehlen in ihrer Freizeit häufig Anregungen und Bewegungsspielraum. Die „Bank“ als Kommunikationsort für Jugendliche, das verwunschene Gestrüpp als unbeaufsichtigter Spielplatz und Freiraum oder die wirklich zum Spielen anregende Spielstraße sind selten in Rüsselsheim. Die Linke/Liste Solidarität setzt sich

Kinder und Jugend

dafür ein, dass Kinderpolitik ein Schwerpunkt in Rüsselsheim und die Stadt selbst zur kinder- und jugendfreundlichen Stadt wird.

Auch Probleme mit jugendlichem Vandalismus sind häufig auf fehlende Angebote für Jugendliche im Stadtteil zurückzuführen. Jugendgruppen und -verbänden sollten daher unbürokratisch Räume bzw. Treffmöglichkeiten zur Verfügung gestellt werden.

In Rüsselsheim wurden in den vergangenen Jahren Kinder- und Jugendzentren sowie Schwimmbäder geschlossen, Stellen gestrichen, Stadtteilbüchereien privatisiert und die psychologische Beratungsstelle der Kitas geschlossen. Die Linke/Liste Solidarität ist dagegen in den vergangenen Jahren mehrfach sowohl im Parlament als auch auf der Straße (Unterstützung von Elterninitiativen) aktiv geworden - wie zuletzt in Bauschheim.

Gebühren, die Kinder und Jugendliche treffen und sie von der gesellschaftlichen Teilhabe abhalten (Bäder, Bibliotheken, ÖPNV, Musikschule, Sportangebote, Hausaufgabenbetreuung etc.), müssen abgeschafft bzw. gesenkt werden. In besonderer Weise trifft dies auf Kindertagesstätten zu, wodurch v.a. Kindern mit Migrationshintergrund eine Möglichkeit genommen wird, integrationshemmende Hürden wie Sprachprobleme etc. frühzeitig auszuräumen. Ziel muss ein kostenloser Besuch von Kindertagesstätten über die gesamte Dauer (nicht nur im letzten Jahr) sein, mitsamt kostenlosem Mittagessen.

Weiterhin gehört auch die Erarbeitung erschwinglicher Ferienangebote für alle Kinder und die Arbeit an Konzepten zur Gesundheitsförderung von Kindern zu den Aufgaben der Stadt.

Der Abbau von finanziellen Hürden ist gerade in Rüsselsheim besonders wichtig, da hier besonders viele Kinder auf Hartz IV-Leistungen angewiesen sind: Im Kreis Groß-Gerau liegt Rüsselsheim bei der Kinderarmut an der Spitze, fast 22% der unter 15jährigen bezogen 2008 Leistungen nach dem SGB II. Dass vor diesem Hintergrund der seit Jah-

ren von Die Linke/Liste Solidarität geforderte Sozialplan (Rüsselsheim-Pass) von der Stadt nicht aufgegriffen, sondern auf die lange Bank geschoben wurde, ist ein Skandal.

Bei der Ausweitung des Betreuungsangebotes auf unter 3jährige sowie der Nachmittagsbetreuung ist sicherzustellen, dass nicht gleichzeitig die Betreuungs- und Bildungsqualität sinkt. Am Bauschheimer Beispiel zeigt sich gegenwärtig nämlich wieder, dass die kreativen Sparkommissare in den Rüsselsheimer Amtsstuben in neuen Konzepten oft auch einige Verschlechterungen verstecken.

Jugendpflege und Jugendbildungswerk

Jenseits dieser grundsätzlichen Erwägungen kommt auch der kommunalen Jugendpflege und dem Jugendbildungswerk eine unverzichtbare Bedeutung zu. Die Linke/Liste Solidarität fordert einen den gesellschaftlichen Erfordernissen entsprechenden personellen und räumlichen Ausbau der Jugendpflege in kommunaler Trägerschaft. Hierbei sind insbesondere die bisher benachteiligten Stadtteile, Haßloch Nord, Bauschheim und Böllensee zu berücksichtigen. Die Mittelkürzungen der vergangenen Jahre müssen rückgängig gemacht werden.

Die Stadt Rüsselsheim benötigt dringend ein Jugendgästehaus, das auch die Funktion eines internationalen Begegnungszentrums für Jugendliche wahrnimmt.

Lehrstellen

Ein großes Problem für ältere Jugendliche ist die Lehrstellensuche. Trotz einer leichten Entspannung ist die Zahl der Jugendlichen, die keinen Ausbildungsplatz finden nach wie vor hoch: Hunderte von Jugendlichen sind in Rüsselsheim ohne Lehrstelle (auch wenn viele von ihnen zeitweise in Qualifizierungsmaßnahmen untergebracht werden). Der Anteil von Berufsschülern in dualer/betrieblicher Ausbildung liegt in Rüsselsheim mit rd. 50% zudem deutlich unter dem Landesdurchschnitt, die Jugendarbeitslosigkeit ist überdurchschnittlich.

Frauen

Migrantenjugendliche sind in besonders dramatischer Weise vom Lehrstellen- und Arbeitsplatzmangel betroffen.

Direkte Einflussnahme hat die Stadt hier zwar nur begrenzt, aber dabei stehen zu bleiben, die Wirtschaft aufzufordern, mehr Lehrstellen zur Verfügung zu stellen, reicht nicht. Wenn die Firma Opel als mit Abstand größter Betrieb Rüsselsheims eine Ausbildungsquote aufweist, die gerade einmal an die Hälfte des bundesweiten Durchschnitts heranreicht und so betriebliche (Ausbildungs-)Kosten vergesellschaftet, wird das eigentliche Problem deutlich.

Die Linke/Liste Solidarität hält ein Bündel von Maßnahmen für notwendig um zu erreichen, dass allen Rüsselsheimer Jugendlichen eine Berufsausbildung ermöglicht wird:

- Die kommunale Ausbildungsinitiative der Stadt Rüsselsheim wird fortgesetzt und ausgebaut.
- Die Stadt vergibt kommunale Aufträge nur noch an Firmen, die in angemessener Weise Ausbildungsplätze bereitstellen.
- Die Stadt überprüft ihre eigene Berufsbildungspraxis mit dem Ziel, intern die Voraussetzungen zu schaffen, die es auch leistungsschwächeren Jugendlichen ermöglichen, erfolgreich eine Berufsausbildung abzuschließen.
- Der Abbau von Ausbildungsplätzen bei der Stadt Rüsselsheim wird rückgängig gemacht.
- Die Stadt ergreift eine Initiative mit dem Ziel, an der Kreisberufsschule verstärkt vollzeitschulische Berufsbildungsgänge anzubieten.

Frauen

„In einer gegebenen Gesellschaft ist der Grad der weiblichen Emanzipation das natürliche Maß der allgemeinen Emanzipation.“ (Charles Fourier)

Trotz einiger Erfolge der Emanzipationsbewegung in den letzten Jahren sind Frauen immer noch benachteiligt:



- Bei einem Bevölkerungsanteil in Deutschland von 51,5% sind nur 4,0% der wirtschaftlichen Führungspositionen mit Frauen besetzt
- Frauenlöhne liegen im Durchschnitt bei 70% der Männerlöhne
- Jede vierte Frau wird in Deutschland Opfer gewalttätiger Handlungen.
- Im Rüsselsheimer Stadtparlament sind nur ein Drittel der Abgeordneten Frauen.

Die negativen Auswirkungen der neoliberalen Globalisierung, wie unsichere Arbeitsplätze und Entwurzelung, der Anstieg sozialer Ungleichheit aber auch der Abbau von Betreuungsangeboten geht besonders zu Lasten der Frauen, bereits Erreichtes wird wieder in Frage gestellt.

Dies alles wird durch die immer noch wirksamen althergebrachten Rollenklischees verstärkt.

Für die Kommunalpolitik besteht daher eine große Verantwortung, durch Schaffung von Bedingungen für die Gleichberechtigung von Männern und Frauen diesen Entwicklungen entgegenzuwirken.

Die Linke/Liste Solidarität fordert deshalb:

- Öffentliche Aufträge an der Einhaltung von Gleichstellungskriterien auszurichten.

Ältere Menschen

- Die verbindliche Umsetzung des hessischen Gleichstellungsgesetzes bei Stadt, Eigenbetrieben und städtischen GmbHs.
- Erhöhung von Sozialleistungen für Alleinerziehende, sowie eine flexible Kinderbetreuung auch außerhalb der Rahmenbetreuungszeiten.
- Ganztagsbetreuung mit Mittagstisch an allen Schulen.
- Eine gründliche Aus- und Fortbildung der im örtlichen Zusammenhang (Sozialamt, Jugendamt,...) mit häuslicher Gewalt befassten Personen.
- In Fällen, in denen Frauen Gewalt von dem mit ihnen in häuslicher Gemeinschaft lebenden Mann angetan wird, muss der Mann die gemeinsame Wohnung verlassen. Die Wegweisung muss unverzüglich veranlasst werden.
- Frauen, die dennoch gezwungen sind, im Frauenhaus Zuflucht zu suchen, müssen bei der Vergabe von Wohnungen, bei der Arbeitsvermittlung und Kinderbetreuung bevorzugt behandelt werden.
- Das Recht für Migrantinnen, einen gewalttätigen Ehepartner/Lebensgefährten zu verlassen, ohne dadurch das Aufenthaltsrecht zu verlieren, ist zu garantieren.
- Anerkennung ausländischer Schul-, Bildungs- und Berufsabschlüsse.
- Die Anerkennung frauenspezifischer Fluchtgründe.
- Die Bewegungsmöglichkeit von Frauen zu verbessern (Frauen-Nachttaxis, mehr Frauenparkplätze, Frauenabteile).
- Erhaltung und eine gesicherte Finanzierung von Frauenzentren und Mädchentreffs.



Ältere Menschen

Das Schicksal, das sie ihren nicht mehr arbeitsfähigen Menschen bereitet, enthüllt den wahren Charakter der Gesellschaft.“ (Simone de Beauvoir)

Die Zahl älterer Menschen nimmt zu.

In Rüsselsheim ist der Anteil der über 65-jährigen an der Gesamtbevölkerung mit z. Z. 20% etwa so hoch wie der der unter 18-jährigen. Für das Jahr 2030 wird durch die in die Jahre kommende Babyboom-Generation eine Zunahme der Älteren auf 30 bis 40% angenommen. Diese Entwicklung zeigt aber eine ungleichmäßige Zusammensetzung auf. Neuere Studien unterscheiden zwischen „jungen Alten“ und „alten Alten“, die in einigen Jahren gemeinsam ein Drittel auch der Rüsselsheimer Bevölkerung stellen werden. Die „jungen Alten“ sind über 60, maximal in den Siebzigern, und gehören damit einer Generation an, die durchschnittlich finanziell besser dasteht als die Älteren, die ihr Berufsleben in Zeiten geringer Entlohnung verbrachten. Letztere können sich wegen der geringeren Rente nicht all die Hilfeleistungen „kaufen“, die das Altern erleichtern. Diese Entwicklung erfordert eine besondere Orientierung der kommunalen Sozialpolitik an den Bedürfnissen dieser Bevölkerungsgruppe.

Das Altern eines Menschen birgt, neben dem Ausscheiden aus dem Arbeitsleben, weitere Brüche in seiner Lebenssituation, wie Verlust familiärer Rollen, Abnahme von Außenbeziehungen, Trennung von der vertrauten Umgebung, meistens eine Verschlechterung der finanziellen Situation und das Nachlassen physischer und psychischer Kräfte. Dem gerecht zu werden sind wir alle gefordert. Denn das subjektive Befinden älterer Menschen ist weitgehend davon abhängig, wie weit es uns gelingt, ihnen ein hohes Maß an Kontinuität des persönlichen Lebensstils, den Kreis vertrauter Personen und des persönlichen und sozialen Umfelds zu erhalten. Wir wollen politische, soziale, ethische, geistig-kulturelle und rechtliche Bedingungen, die ein selbstbestimmtes Leben im Alter und eine aktive Teilnahme am gesellschaftlichen Geschehen ermöglichen.

Migrantinnen und Migranten

Die Linke/Liste Solidarität setzt sich ein für eine altengerechte Gestaltung des Alltagslebens, dies umfasst:

- Wiedereinrichtung der dezentralen Altentagesstätten mit entsprechenden Angeboten.
- Verlängerung der Fußgänger-Ampelphasen („en alde Mensch is doch koan D-Zuuch“).
- Beseitigung der Stolperfallen auf dem Bahnhofsvorplatz.
- Erhöhung der Bordkanten an den Haltestellen zur Erleichterung des Einsteigens („en alde Mensch is doch koan Kledderaff“).
- Eine Bushaltestelle unmittelbar vor dem Martin-Niemöller-Haus.
- Inbetriebnahme des Aufzugs zu den Gleisen 2 und 3 im Bahnhof.
- Aufnahme von Informationen über Poststellen und Bank-/Sparkassenfilialen in die Bürgerinformationsbroschüre der Stadt.
- Ermöglichung von Wohngruppen für muslimisch-gläubige Menschen.
- Einen solidarischen Umgang der Generationen, in dem Erfahrungen, Erkenntnisse und kulturelle Werte als gegenseitige Bereicherung angesehen werden.
- Die verstärkte Umsetzung der Forderungen von Seniorenorganisationen nach bezahlbaren und altersgerechten Wohnungen, nach selbstbestimmtem und betreutem Wohnen.
- Ein neues, den gesellschaftlichen Bedingungen entsprechendes Rentenrecht, das Gerechtigkeit mit sozialer Sicherheit verbindet (Mindestrente).
- Gesetzliche Regelungen zur vollen Absicherung aller Betroffenen im Falle notwendiger Betreuung, begleitender Hilfe und Pflege.



Migrantinnen und Migranten

*„Ich habe viele Väter,
und ich habe viele Mütter,
ich habe viele Schwestern,
und ich habe viele Brüder,
meine Väter sind schwarz,
und meine Brüder sind gelb,
und meine Mütter sind rot,
und meine Schwestern sind hell,
und ich bin über zehntausend Jahre alt
und mein Name ist Mensch.“*
(Ton Steine Scherben Songtext)

Ein vernünftiges Miteinander von Mehr- und Minderheiten ist nur in einer demokratisch verfassten Gesellschaft möglich, die auf der Basis von Grund- und Menschenrechten aufbaut. Es darf keine Diskriminierung und Ausgrenzung geben, weder aus religiösen, ethnischen, sozialen, weltanschaulichen Gründen und auch nicht wegen dem Geschlecht, einer Behinderung, der sexuellen Orientierung oder der Hautfarbe. Die EU-Anti-Diskriminierungsrichtlinie muss im öffentlichen wie im privatgesellschaftlichen Bereich umgesetzt werden.

In der Bundesrepublik Deutschland und insbesondere in der Stadt Rüsselsheim leben Menschen unterschiedlichster nationaler und ethnischer Herkunft. Obwohl die Einwanderung nach dem Zweiten Weltkrieg bereits seit 60 Jahren im Gange ist, leben die Migrantinnen und Migranten, insbesondere die Menschen aus Län-

Migrantinnen und Migranten

dern außerhalb der Europäischen Union und die Flüchtlinge unter einem Sonderrecht, dem Ausländer- und Asylrecht, fälschlich „Zuwanderungsrecht“ genannt, welches in den letzten beiden Jahrzehnten immer restriktiver und brutaler geworden ist. Visabestimmungen wurden verschärft, Reisemöglichkeiten eingeschränkt, Familienzusammenführung erschwert; der Zugang nach Deutschland und Europa wurde praktisch versperrt. Ausweisungs- und Straftatbestände wurden erweitert. Gleichzeitig sind überdurchschnittliche Schwierigkeiten der Migrantinnen und Migranten bei der Arbeitsplatzbeschaffung und deren Kinder in Schule und Ausbildung offensichtlich. Wettbewerb und Konkurrenz, insbesondere auf dem Arbeits- und Wohnungsmarkt, befördern ausländerfeindliche und rassistische Vorurteile. Die Linke/Liste Solidarität setzt sich deshalb für eine grundlegende Reform des Ausländer- und Asylrechts im Sinne der Menschenrechte und der im Grundgesetz verankerten Grundrechte ein. Unter anderem fordern wir:

- Eine gerechte und humane Flüchtlingspolitik.
- Keine Abschiebung von Menschen in Kriegs- und Spannungsgebiete oder in Länder, wo Folter oder Mord drohen.
- Eine Rückkehr von Flüchtlingen sollte nur freiwillig erfolgen.
- Ehegatten und Kinder von Asylberechtigten dürfen nicht gezwungen werden, in das Verfolgerland auszureisen, um dort ein Visum für den Aufenthalt in Deutschland zu beantragen.
- Familien von Asylbewerbern oder anderen Flüchtlingen dürfen nicht abgeschoben werden, solange ein Asylverfahren eines Ehegatten, Elternteils oder eines Kindes noch anhängig ist.
- Anerkennung ausländischer Schul-, Bildungs- und Berufsabschlüsse.
- Im Bund: Abschaffung des Asylbewerberleistungsgesetzes.

Die brutale und menschenrechtswidrige Abschottungs- und Abschreckungspolitik der EU gegenüber Flüchtlingen und anderen Schutzsuchenden darf nicht auch noch für diejenigen,

die es bis zu einem Asylantrag schaffen, durch eine diskriminierende Behandlung verstärkt werden. Dies geschieht unter anderem dadurch, dass im Asylbewerberleistungsgesetz für Flüchtlinge und ihre Kinder Regelsätze, die um 30 bis 50 Prozent unter den schon zu niedrigen Hartz IV – Sätzen liegen, vorgesehen sind. Deshalb setzt sich Die Linke/Liste Solidarität für die ersatzlose Streichung des Asylbewerberleistungsgesetzes und die Anwendung der allgemeinen Sozialgesetzgebung bei der Flüchtlingsversorgung ein.

In Rüsselsheim: Kein Mensch ist illegal!

Die Stadt Rüsselsheim muss Benachteiligungen von Nicht-Deutschen in allen Formen abbauen und in ihrer Sozial- und Kulturpolitik auf ein tolerantes Miteinander hinarbeiten, das die Akzeptanz des Anderen und seiner Kultur zur Grundvoraussetzung hat.

Voraussetzung für eine erfolgreiche Anti-Diskriminierungs- und Gleichstellungspolitik ist allerdings, die unwürdige Behandlung insbesondere in den Ausländerbehörden zu beenden. Menschen, die sich einbürgern lassen wollen, sollen in jeder Hinsicht unterstützt werden, Bearbeitungszeiten verkürzt und Vorschriften im Sinne der Antragstellenden ausgelegt werden. Das Gleiche gilt für alle anderen Anträge auf Aufenthalt, Besuchervisum und die Asyl- und Bleiberechts-gewährung. Die Stadt Rüsselsheim darf keine diskriminierenden Verfahren, wie Gutscheine statt Barbetrag oder Unterbringung in Massenunterkünften anwenden, sondern soll sich gemeinsam mit anderen zumindest für eine Angleichung des Asylbewerberleistungsgesetzes an die Alg-II-Leistungen und gegen die Aufenthaltsbeschränkungen während des Asylverfahrens einsetzen.

Wir fordern auch die Verbesserung der Situation der Menschen ohne Aufenthaltsstatus in Rüsselsheim. Der Zugang dieser Menschen zur medizinischen Versorgung und zu Bildung ist zu garantieren. Dazu ist notwendig:

- Die medizinische Hilfe durch Ärzte und medizinisches Personal darf nicht unter den Straftatbestand der Beihilfe zur illegalen Einreise und zum illegalen Aufenthalt nach § 96 Aufenthaltsgesetz fallen.

Migrantinnen und Migranten

- Die Übermittlungspflicht nach § 87 Aufenthaltsgesetz für öffentliche Stellen an die Ausländerbehörde muss aufgehoben werden. Folge dieser nach wie vor bestehenden Denunziationspflicht ist es, dass Menschen ohne Papiere aus Angst vor der Meldung bei der Ausländerbehörde ihre sozialen und grundlegenden Menschenrechte nicht wahrnehmen. Dies gilt insbesondere für das Recht auf Bildung, das Recht auf Gesundheit und die Rechte in der Arbeit.
- Die Finanzierung auch von teuren Behandlungskosten muss gewährleistet werden.
- Die Stadt Rüsselsheim muss alles ihr Mögliche tun, um Menschen aus dem Status der „Illegalität“ heraus zu holen („Kein Mensch ist illegal“).

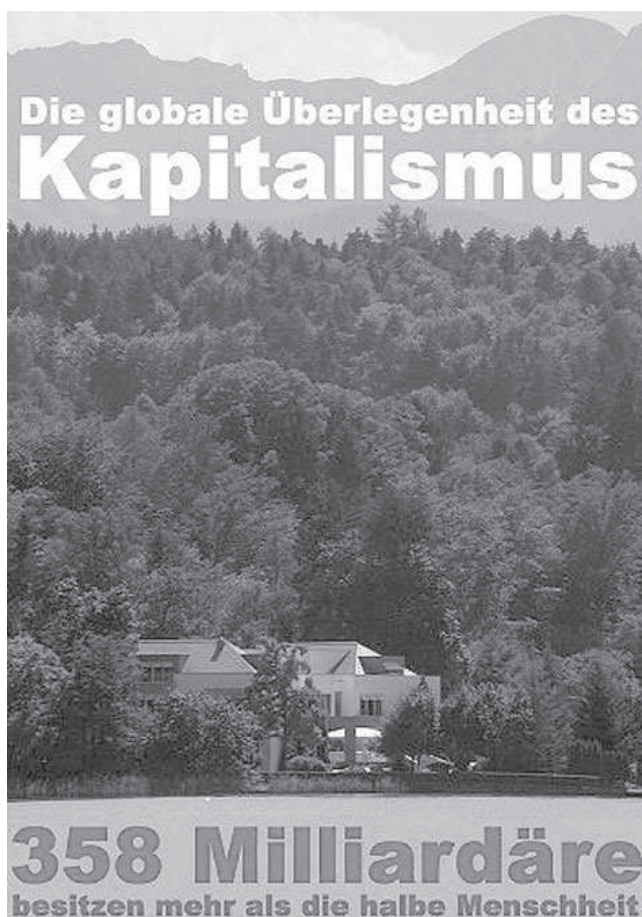
Migrationspolitik als Teil der Sozial- und Bildungspolitik

In der Stadt Rüsselsheim haben mehr als die Hälfte der Einwohnerinnen und Einwohner Migrationshintergrund. Dies sieht man zwar in Kinder-

gärten, Schulen, in Betrieben und auf der Straße, aber nicht in der Verwaltung, der Politik und in Positionen mit Leitungsfunktion. Eine tatsächlich gleiche Beteiligung würde bedeuten, dass die Hälfte der Stadtverordneten nichtdeutscher Herkunft wäre, dass es eine Reihe von Schulleiterinnen und Schulleiter griechischer, italienischer oder türkischer Abstammung gäbe, dass Menschen mit Migrationshintergrund nicht fast ausschließlich in der Gastronomie, bei Opel, als Friseurinnen bzw. Friseure oder als Erwerbslose ihr Leben gestalten. Es würde bedeuten, dass es in der Stadtverwaltung nicht nur einen Frauenförderplan, sondern auch einen Plan gibt, wie man dazu kommt, mehr Mitarbeitende mit Migrationshintergrund in der Verwaltung zu haben, und dies auch in Leitungspositionen.

Statt einer hysterischen und nutzlosen „Integrations“-Rhetorik bedarf es gezielter Reform- und Förderungsmaßnahmen im Rahmen einer allgemeinen Rechts-, Sozial- und Bildungspolitik, die alle Benachteiligten in dieser Gesellschaft im Blick behält. Migrationspolitik ist deshalb für Die Linke/Liste Solidarität immer Teil der Sozial- und Bildungspolitik für die gesamte Bevölkerung! Auch in Rüsselsheim treten wir daher für folgende Forderungen ein:

- Für das kommunale Wahlrecht aller dauerhaft in einer Gemeinde lebenden Menschen.
- Für das Antragsrecht des Ausländerbeirats an die Stadtverordnetenversammlung. Bis zu dessen Verwirklichung verpflichtet sich Die Linke/Liste Solidarität, wenn vom Ausländerbeirat gewünscht, dessen Anträge in den Geschäftsgang der Stadtverordnetenversammlung einzubringen.
- Ausreichende Finanzmittel für die Geschäftsführung und die Projekte des Ausländerbeirats.
- Generelle Kostenbefreiung bei Deutschkursen für Asylbewerberinnen und Asylbewerber.
- Beratungsangebote für Migrantinnen und Migranten in Rüsselsheim sind notwendig. Solange es spezielle Gesetze (Ausländergesetz) für Nichtdeutsche gibt, benötigen diese Menschen auch eine besondere Beratung. Die Beratung durch die freien Wohlfahrtsverbände muss durch öffentliche Mittel gefördert werden.



Migrantinnen und Migranten

Kinder und Jugendliche nichtdeutscher Herkunft

Die Linke/Liste Solidarität fordert die Entwicklung eines Konzeptes zur frühzeitigen Aufnahme und der gezielten Förderung der Kinder mit Migrationshintergrund in den Kitas und die Berücksichtigung der besonderen Bedarfe von Kindern mit Migrationshintergrund beim Übergang in die Grundschule. Die Kenntnis der deutschen Sprache darf nicht Voraussetzung für eine Einschulung sein. Die verstärkte und qualitativ hochwertige Umsetzung der im Arbeitsleitfaden für die Rüsselsheimer Kitas als Anspruch formulierten „Interkulturellen Pädagogik“ muss durch Bereitstellung der notwendigen materiellen und personalen Mittel ermöglicht werden. Dazu gehört eine entsprechende Personalausstattung und Weiterbildung der in den Kitas Beschäftigten. Eine vermehrte Beschäftigung von Erzieherinnen und Erziehern mit Migrationshintergrund ist anzustreben. Die Stadt Rüsselsheim soll ein Projekt zur zweisprachigen Alphabetisierung (bilinguale Grundschule) analog zum Koala-Projekt (Koordinierte Alphabetisierung im Anfangsunterricht) in Frankfurt starten.

Schulische Förderung

Die Linke/Liste Solidarität will eine Schule für alle. Solange dies noch nicht der Fall ist, soll dafür gesorgt werden, dass möglichst alle Schulen als echte Ganztagschulen gerade die Kinder unterstützen, deren Eltern nicht die Möglichkeiten und das Geld haben Nachhilfe zu organisieren. Mehr Schülerinnen und Schüler mit Migrationshintergrund sollen einen erfolgreichen Schulabschluss, auch das Abitur erhalten. Beratung und Unterstützung der Eltern bei der Schulwahl ist erforderlich, Diskriminierungen aufgrund der Herkunft und einer vermuteten Überforderung in den weiterführenden Schulen muss verhindert werden. Die besonderen Kompetenzen von Schülerinnen und Schüler und Eltern mit Migrationshintergrund sollen im Schulleben gefördert werden. Allen Kindern mit Migrationshintergrund muss die Möglichkeit zur Teilnahme an einem muttersprachlichen Unterricht geboten werden. Dies muss auch für Kinder gelten, deren Herkunftssprache keine offizielle Staatssprache ist.

Berufliche Perspektiven

Wichtig ist auch der Übergang von der Schule ins Berufsleben. Die Berufsberatung muss diskriminierungsfrei sein und Eltern und Betriebe einbeziehen. Die Stadtverwaltung sollte vorbildhaft diese Jugendlichen ausbilden und Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter mit Migrationshintergrund im Publikumsverkehr und an öffentlichen Stellen einsetzen. Dies gilt auch für städtische Einrichtungen und Betriebe. Die Stadt Rüsselsheim verpflichtet sich ihren Anteil an Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter mit Migrationshintergrund zu erhöhen und macht in geeigneter Weise dies auch in Ausschreibungen deutlich.

Für ein solidarisches Miteinander – gegen rechte Tendenzen

In der Bevölkerung existiert eine latente Fremdenfeindlichkeit, die immer wieder durch rassistische Aussagen und Argumentationen von Politikern geschürt wird. Hier müssen die Stadt Rüsselsheim und ihre Institutionen entgegenwirken. Kultur und Bildung sind besonders die Felder, auf denen Bewusstsein über eigene Vorurteile und Strategien gegen Fremdenfeindlichkeit entwickelt werden können. Hier sollen Maßnahmen aufgelegt werden, die sich nicht nur an Jugendliche wenden. Beispielhaft seien hier internationale Begegnungen genannt, die auch mit Regionen stattfinden sollen, aus denen die hier lebenden Familien stammen.

Die Zurückweisung rechtsextremistischer Bestrebungen benötigt die Anstrengung aller Institutionen sowie aller Menschen in Rüsselsheim. Rechtsradikale Parteien und Gruppierungen dürfen keine Räume, keine Plätze, keine Mittel zur Verfügung gestellt bekommen. Alle Möglichkeiten sollen hier ausgeschöpft werden. Wir wollen nicht zulassen, dass das friedliche und solidarische Zusammenleben von Menschen unterschiedlicher Herkunft durch rechtsradikale Parolen und Aktionen gestört wird, dies gilt auch, auch wenn diese aus der so genannten Mitte der Gesellschaft kommen.

Ökologie

Ökologie

„Selbst eine ganze Gesellschaft, eine Nation, ja alle gleichzeitigen Gesellschaften zusammengenommen, sind nicht Eigentümer der Erde. Sie sind nur ihre Besitzer, ihre Nutznießer und haben sie als boni patres familias den nachfolgenden Generationen verbessert zu hinterlassen.“ (Karl Marx)

Die Linke/Liste Solidarität setzt sich für eine sozial-ökologische Stadtentwicklung ein. Alle Schritte der Stadtplanung sind nicht nur an den Bedürfnissen der heutigen Generation, sondern auch an den Interessen kommender Generationen auszurichten.

Eine solche „Nachhaltigkeit“ ist aber nur erreichbar, wenn die Ziele wirtschaftlichen Handelns den Erfordernissen des Erhalts des Ökosystems Erde untergeordnet werden. Die derzeitige kapitalistische Produktionsweise, die von ihr bewirkte extrem ungleiche Güterverteilung und die mit ihr eng verbundenen Konsumgewohnheiten werden dem nicht gerecht.

Ökologische Grenzen wirtschaftlichen Handelns sind vorab zu bedenken statt Schäden nachträglich



abzumildern oder zu beseitigen. Während es in Teilbereichen des Umwelt- und Naturschutzes Fortschritte gibt, so etwa bei der Verbesserung der Qualität der Fließgewässer, verschärft sich der Treibhauseffekt, verringert sich die vor UV-Strahlung schützende Ozonschicht und geht das Waldsterben global ungebremst weiter.

Für Die Linke/Liste Solidarität ist es offensichtlich, dass heute eine ökologische Politik ebenso wie der Erhalt einmal erreichter sozialer Standards gegen den neoliberalen Marktradikalismus durchgesetzt werden muss.

Vor diesem Hintergrund wird sich Die Linke/Liste Solidarität insbesondere für folgende Ziele einsetzen:

- Keine zusätzliche Ausweisung von Siedlungs-, Gewerbe- und Industriegebieten sowie Verkehrsflächen.
- Verringerung des Versiegelungsgrades in den bestehenden Siedlungs-, Gewerbe- und Industriegebieten.
- Wiedernutzung von städtebaulichen Brachen und leerstehenden Gebäuden statt Bebauung bisher dafür ungenutzter Flächen (Eselswiese).
- Erhalt und Vernetzung klimawirksamer Freiflächen, Festlegung von Tabuzonen für die Siedlungstätigkeit.
- Förderung der Renaturierung landwirtschaftlicher Nutzflächen.
- Förderung der regionalen Landwirtschaft durch Sicherung des regionalen Absatzes.
- Verstärkte Förderung von Initiativen zur ökologischen Stromgewinnung und Strom einsparung insbesondere durch städtische Gesellschaften und Betriebe (Stadtwerke, Gewobau, GPR, etc.)
- Wiederbelebung des Agenda 21-Prozesses in Zusammenarbeit mit umliegenden Kommunen.

Rüsselsheim und der Flughafen

Der derzeitige Betrieb des Frankfurter Flughafens inmitten des Ballungsraumes Rhein-Main und in unmittelbarer Nachbarschaft zur Stadt Rüsselsheim mit annähernd 500.000 Flugbewegungen jährlich und bis zu 150 Flugbewegungen Nacht

Ökologie

für Nacht hat bereits seit langem das für die Bevölkerung erträgliche Maß überschritten. Mit dem neuerlichen Ausbau gegen den Willen der Mehrheit der Bevölkerung wird ein fataler Schritt zur Ausweitung des Flugverkehrs als der klimaschädlichsten Transportart getan.

Die Linke/Liste Solidarität arbeitet mit Bürgerinitiativen und anderen politischen Kräften weiter daran, langfristig das politische Kräfteverhältnis in Land und Bund so zu verändern, dass mit der Durchsetzung einer alternativen Verkehrspolitik eine massive Verringerung des Flugverkehrs und eine wesentliche Verkleinerung des Frankfurter Flughafens erfolgt.

Dafür fordert Die Linke/Liste Solidarität:

- Die Aufklärung der Rüsselsheimer Bevölkerung, der Kommunalpolitikerinnen und Kommunalpolitiker und der Verwaltung ist fortzuführen und zu intensivieren.
- Die Kooperation mit den Initiativen vor Ort und bundesweit ist fortzuführen und zu intensivieren – ihnen ist weitgehende Mitbestimmung bei den Entscheidungen einzuräumen.
- Die Unterstützung von Aktivitäten und Aktionen gegen den Flughafenausbau ist fortzuführen und zu intensivieren.
- Die Vernetzung und Kooperation mit anderen Kommunen, sonstigen Institutionen und Gremien, die gegen eine Flughafenerweiterung aktiv sind, ist fortzuführen und zu intensivieren.
- Daneben sind von den städtischen Gremien und Vertretern die Mindestforderungen wie das von der Landesregierung zugesagte Nachtflugverbot von 22 bis 6 Uhr sowie von der Fraport voll finanzierte Lärmschutzmaßnahmen auf dem neuesten Stand der Technik intensiv zu vertreten.

Das heutige Nein zum Ausbau des Frankfurter Flughafens bedenkt mit, dass bei jährlich prognostizierten Zuwachsraten der Flugbewegungen um 7% pro Jahr die Erweiterungsdiskussion in 8-10 Jahren wieder auf der Tagesordnung stehen wird.



Einsparungspotenzial bei den Flugbewegungen sehen wir primär im Frachtverkehr, wo Einzelteile ins Ausland gebracht, dort zusammengesetzt und wieder importiert werden, im Bereich des innerdeutschen Flugverkehrs aber auch beim Flugtourismus.

Transportvermeidung durch die Förderung regionaler Wirtschaftskreisläufe ist generell ein wichtiges Mittel einen Beitrag zur Erreichung der UN-Klimaziele zur Abwendung eines Klimakollapses zu leisten.

Konkurrenzvorteile des Flugverkehrs gegenüber anderen Verkehrsträgern, z.B. durch eine niedrigere Besteuerung des Flugbenzins, sind zu beseitigen.

Der Erhalt von Gesundheit in einer lebenswerten Region hat höchste Priorität.

Öffentlicher Dienst und Ökologie

Für Die Linke/Liste Solidarität ist offensichtlich: Die von Bundesregierung und Europäischer Union vorangetriebenen Deregulierungs- und Liberalisierungsmaßnahmen in den Bereichen Strom- und Gasversorgung, öffentlicher Per-

**Für ein soziales
Rüsselsheim**



**Ein klares Nein
zum
Flughafenausbau**

DIE LINKE 
Liste
SOLIDARITÄT Liste 6

sonennahverkehr (ÖPNV) und Wasserversorgung erschweren eine ökologische und soziale Steuerung. Durch den Wettbewerb auf dem Energiemarkt und die Verlängerung der Laufzeiten der hochriskanten Atomkraftwerke wird die regenerierbare, umweltfreundliche Energiegewinnung in unerträglicher Weise benachteiligt. Ein dem „freien“ Wettbewerb ausgesetzter ÖPNV wird durch unsoziale Arbeitsbedingungen und weitere Streckenreduzierung gekennzeichnet sein. Die durch Bürgerwiderstand von uns in Zusammenarbeit mit Kirchen, Gewerkschaften und attac verhinderte Teilprivatisierung der Stadtwerke und die von uns unterstützte Rekommunalisierung des Stromnetzes gibt Rüsselsheim eine hervorragende Position, eine der Vorreiterkommunen bei der Energiewende zu werden.

Als Gegenpol zur Macht der vier großen Energiekonzerne müssen Kommunen neben verstärkten Anstrengungen zur Energieeinsparung in Kooperationen die Versorgung von Bürgerinnen und Bürgern und Betrieben mit Energie organisieren, die unter minimal schädlichen Bedingungen gewonnen wird.

Verkehr

Die Blechlawine rollt trotz Ökosteuer durch die Städte, Gemeinden und über die Autobahnen. Der Öffentliche Personennahverkehr leidet noch immer unter einer Infrastrukturpolitik, die sich weitestgehend am Auto orientiert. Dadurch wird der Öffentliche Personennahverkehr (ÖPNV) noch immer nicht als attraktive Alternative zum Auto wahrgenommen.

Zusätzlich setzt die Bundespolitik nach jüngsten Aussagen (Flughafenkonzept 2009 und Koalitionsvertrag von CDU/CSU-FDP) primär auf den Flugverkehr und degradiert die Bahn zum Flughafenzubringer.

Durch Privatisierung und Kostendruck gerät der ÖPNV immer mehr unter Druck.

Wir wollen den ÖPNV als attraktive Alternative zum Individualverkehr weiter ausbauen.

Der richtige Weg, zur Förderung der Fahrradnutzung die entsprechende Infrastruktur attraktiv auszubauen, ist beschleunigt fortzusetzen.

Ziel auch der kommunalen Verkehrspolitik ist eine möglichst hohe Umweltverträglichkeit und das Einsparen von Ressourcen durch Verkehrsvermeidung.

Die Linke/Liste Solidarität setzt sich daher ein für:

- Anbindung wichtiger sozialer Einrichtungen (Treff, Theater, Altenheim) an die Buslinien.
- Fahrpreissenkungen im Öffentlichen Personennahverkehr (ÖPNV).
- Verkehrsberuhigung von Hessenring und Liebigstraße, da dort Kindergärten und Schulen als Anlieger vorhanden sind.
- Vermehrter Ausweis von Spielstraßen (Tempo 7).
- Förderung von Mitfahrzentralen und Car-Sharing.

Ökologie

Wald

Der Wald in Stadtnähe ist primär in seinen ökologischen Funktionen und als Naherholungsgebiet zu sehen und zu behandeln und nicht als ökonomische Ressource. Intensivbewirtschaftung mit Erntemaschinen hat deshalb zu unterbleiben.

Auch die kleineren Bauminseln in der Stadt sind zu erhalten und auszubauen. Die Linke/Liste Solidarität wird weiterhin durch eigene Aktionen und Bürgermobilisierung Baumfällungen wie am Ostpark/Eichgrund, auf dem Gemeinde- und dem Marktplatz oder im EKZ Königstädten verhindern.



Regionale Gesamtbelastungsstudie

Kaum eine Region ist so stark belastet wie das Rhein-Main-Gebiet.

Verkehr, Atom, Kohle, Müll, Lärm, ... und es wird immer schlimmer!

Das Grauen hat viele Namen:

- Das Kohlekraftwerk Staudinger in Großkrotzenburg soll riesig ausgebaut werden: Schadstoff-Cocktail der CO₂-Schleuder gefährdet die Gesundheit!
- Das Atomkraftwerk in Biblis soll noch länger laufen: Super-Gau Bedrohung!
- Der Flughafen Frankfurt soll noch größer werden: Fluglärm-Terror!
- Bau einer der größten Müllverbrennungsanlagen Deutschlands in Höchst: Krankmachende Stickoxide, Feinstaub und Schwermetalle!

- In Frankfurt soll mitten im Wohngebiet das Autobahnkreuz A 66/A 661 entstehen.

All diese Projekte stehen beispielhaft für Umweltzerstörung und nachhaltige Zerstörung und Schädigung sozialer und ökologischer Lebensqualität auch über das Rhein-Main-Gebiet hinaus.

Allen diesen Projekten ist gemeinsam, dass sie bei der Genehmigung in sich betrachtet werden und nicht im Zusammenhang mit den anderen Projekten im Rhein-Main-Gebiet.

Aber die Auswirkungen dieser Projekte betreffen stets die gesamte Region.

Wir sind der Meinung, dass bereits heute die Gesamtbelastung in der Region viel zu hoch ist.

Alle Aus- und Neubauten der Infrastruktur – Verkehr und Energie, Ver- und Entsorgung – werden jedoch nie unter diesem Aspekt untersucht. Stattdessen wird scheinbar ein Projekt nach dem anderen in die Wege geleitet.

Wir fordern deshalb eine regionale Gesamtbelastungsstudie!

Die Gesamtbelastungsstudie muss den Ist-Zustand auf der Basis zeitnaher, aktueller Werte aufzeigen. Folgende Grundparameter müssen auf jeden Fall enthalten sein:

- Emissionen von Schadstoffen
- radioaktive Strahlungen von Kernkraftwerken
- Schadstoffe in Trink- und Grundwasser
- Lärmwerte
- Elektro-Smog
- Feinstaub
- Ressourcenverbrauch
- Versiegelung und Zersiedelung von Landschaften
- Artenvielfalt

Die Studie des Ist-Zustands muss jederzeit erweiterbar sein um zusätzliche Parameter.

Bei der Erfassung des Ist-Zustands muss sowohl die Kumulation der einzelnen Grundwerte aufgezeigt werden als auch ihre gegenseitigen Wechselwirkungen.

Soziale, ökologische und demokratische Stadt

Einzubeziehen sind weiterhin folgende Umwelt- und Gesundheitsproblematiken:

- Auswirkung von Immissionen auf Menschen, Tiere und Pflanzen
- Gesundheitsbeeinträchtigung
- Verlust der Naherholungsgebiete
- Verlust von Trinkwassergewinnungsgebieten
- Auswirkungen auf das regionale Klima
- Verminderung der Lebensqualität
- Verlust von Ökosystemen

Auch hier gilt der Grundsatz, dass die Studie jederzeit offen sein muss für weitere umwelt- und gesundheitsrelevante Kernpunkte.

Die Gesamtbelastungsstudie soll Basis für die Analyse aller weiteren Projekte im Rhein-Main-Gebiet sein. Für bereits im Bau befindliche Objekte fordern wir bis zur Vorlage der Studie ein Moratorium.

Rüsselsheim als soziale, ökologische und demokratische Stadt

Seit 2007 geistert die sogenannte Rürup Studie „Rüsselsheim 2020“ durch das Stadtparlament und bestimmt Planung und Ausgabeverhalten der regierenden Koalition. Die Koalition setzt die Studie nach dem Motto „Koste es was es wolle“ durch und plant millionenschwere Projekte wie z.B. die Neupflasterung der Innenstadt, Attraktivitätssteigerung Innenstadt, Verlängerung Lutzmann Ring mit Tunnel oder Brücke, Abriss und Neubau Köbelhalle, Stellenaufbau Stadtmarketing (550 000 € pro Jahr). Für den Aufbau eines „Automotive Cluster“ wird die „Kinderfreundliche Stadt“ geopfert und an Sozial- und Bildungsaufgaben gespart.

Die Linke/Liste Solidarität grenzt sich eindeutig von den Aussagen und Zielen dieser Studie und von der bisherigen Umsetzung ab.

In einer Expertise im Auftrag der Fraktion Die Linke/Liste Solidarität schrieb Dr. Werner Rügemer

2007 „Die Studie Rüsselsheim 2020 ist eine Gefälligkeitsstudie. Sie genügt keinen wissenschaftlichen Ansprüchen. Sie basiert auf kaum verkleideten Wünschen der Fraport AG, der Adam Opel GmbH und Teilen der Rüsselsheimer Geschäftslobby. Die Studie ist sozial unausgewogen.“

In der Schlussfolgerung heißt es: „Die Studie „Rüsselsheim 2020“ ist unwissenschaftlich und undemokratisch. Sie will Rüsselsheim neuen Abhängigkeiten unterwerfen und für eine Minderheit Privilegien schaffen.“

(Nachzulesen ist die Studie unter http://www.liste-solidaritaet.de/download/Ruegemer_Expertise.pdf)

Die Linke/Liste Solidarität setzt auf einen Gegenentwurf und will:

Rüsselsheim als selbstbewusste Stadt

- Ausbau der öffentlichen Unternehmen (Stadtwerke, GPR, Gewobau).
- Die Stadt muss die politische Hoheit über die Bebauung des Opel-Altareals erhalten und über das Baurecht Einfluss nehmen.
- Eine Verwaltung mit Kompetenzen und Kapazitäten in Rüsselsheim ist zu erhalten und verhindert somit die Abhängigkeit von teuren externen Beratern.

Rüsselsheim als soziale Stadt

- Ausbau der sozialen Infrastruktur.
- Sozialpass für Rüsselsheim.
- Ausbau der Kindertagesstätten, der Horte, der Betreuungsschulen, Schulen, Jugend- und Seniorentreffs.
- Erhalt und ausreichende Finanzierung von Frauenzentren und Mädchentreffs.
- Erhalt von bezahlbaren Wohnungen.
- Keine 1-€-Jobs in Rüsselsheim.
- Erhalt und Ausbau der Sportplätze und Sporthallen.
- Förderung der Vereine.

Soziale, ökologische und demokratische Stadt

Rüsselsheim als ökologische Stadt

- Erhalt und Ausbau des öffentlichen Personennahverkehrs.
- Rückbau des Flughafens.
- Ausbau der Radwege.

Rüsselsheim als demokratische Stadt

- Keine Geheim-Magistratspolitik.
- Beteiligung der Bevölkerung und der Gruppen von Betroffenen.
- Kommunales Wahlrecht für alle dauerhaft in der Gemeinde lebenden Menschen.
- Antragsrecht an die Stadtverordnetenversammlung für die Beiräte.
- Keine Privatisierung öffentlicher Aufgaben.

Rüsselsheim als Kulturstadt

- Erhalt des Theaters, der VHS, der Musikschule und der Stadtbücherei.
- Förderung von kulturellen und künstlerischen Initiativen.

Die Linke/Liste Solidarität hat ihre Positionen in Anträgen und Anfragen an die Stadtverordnetenversammlung, durch Informationsveranstaltungen, Aktionen und Informationsstände öffentlich gemacht. Die Bäume am Ostpark und in der Marktstraße stehen noch, die Marktstraße ist nicht für mehrere Millionen Euro neu gepflastert, die Stellen im Stadtmarketing sind gestrichen und die Köbelhalle wird nicht abgerissen.



Kandidatinnen und Kandidaten für die Wahl zur Rüsselsheimer Stadtverordnetenversammlung

1. Karl-Heinz Schneckenberger
2. Marianne Flörsheimer
3. Brigitte Schmidt-Sattaf
4. Arthur Weger
5. Heike Wieland-Reith
6. Burkhard Alpmann
7. Petra Gieß
8. Heinz-Jürgen Krug
9. Roman Gasanfar
10. Adela Belon
11. Wolfgang Becker
12. Jonath Schröder
13. Frank Dörfler
14. Ralf Becker
15. Erwin Reith
16. Rainer Mangler van Klev
17. Michael Brücks
18. Heinz König
19. Christian Golka
20. Maria Weger
21. Ilse Stieglitz

Kandidaten für den Ortsbeirat Königstädten

1. Karl-Heinz Schneckenberger
2. Michael Brücks
3. Burkhard Alpmann

Wahlaufruf

Vergesst nicht,
dass diejenigen Menschen euch am besten
dienen werden,
die Ihr aus eurer eigenen Mitte wählen werdet,
die das gleiche Leben wie Ihr führen,
und die gleichen Leiden ertragen wie Ihr.

Hütet euch vor Leuten, die zu viel reden,
vermeidet vom Schicksal Begünstigte,
denn selten nur will derjenige, der ein
Vermögen besitzt,
im Arbeitenden seinen Bruder sehen.

Wahlaufruf der Pariser Kommune, im Frühjahr 1871